



NACHRICHTENSENDER

TV-Chef Ebeling stößt auf Widerstand

Für deutlichen Protest in der Politik sorgt die Aussage von ProSiebenSat.1-Chef Thomas Ebeling, Nachrichten seien für den TV-Konzern ein Zuschussgeschäft, daher würden alle Optionen bis zum Ausstieg beim Kanal N24 geprüft. Nachrichten seien zwar „für das Image bei Politikern wichtig, aber nicht unbedingt bei allen Zuschauern“. Einer solchen Aussage liege ein „völliges Missverständnis des dualen Rundfunksystems zugrunde, in dem es auch für den privaten Rundfunk eine klare Verantwortung gibt“, sagt Kulturstaatsminister Bernd Neumann. Die Verpflichtung der Sender zur Information sei „kein Privatvergnügen von Politikern. Sie ist geltendes Recht und war eine Voraussetzung für die Zulassung der Privaten“. Auch Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Jürgen Rüttgers will den Sender im Zweifel stärker verpflichtet: „Ein Rundfunkstaatsvertrag ist notfalls schnell geändert“, so Rüttgers. Besser sei ein Signal vom Sender selbst. „Und das heißt, man muss es am Programm erkennen können.“ Mitte Dezember soll in der Rundfunkkommission der Länder über mögliche gesetzliche Änderungen debattiert werden. Ebeling hatte auf einer N24-Betriebsversammlung und im Gespräch mit Vertretern des Redaktionsausschusses erkennen lassen, eine Entscheidung über

den Kurs bei N24 falle nicht vor Februar und hänge auch von politischen Reaktionen ab. Im Sender und in der Politik wurde dies als Versuch gelesen, Zugeständnisse der Politik herauszuschlagen, etwa bei der teuren Verpflichtung der TV-Gruppe zu Regionalfenstern oder Sendepätzen für Dritte. „Wenn Herr Ebeling damit eine Einladung zum Gespräch übermitteln wollte, dann war das außerordentlich ungeschickt“, sagt Nordrhein-Westfalens Medienminister Andreas Krautscheid. Es sei „erheblich intelligenter, der Politik zu sagen: Wir machen gern Nachrichten, möchten dafür aber einen Bonus, etwa bei Chancen im digitalen Fernsehen. Es ist aber sicher nicht hilfreich, wenn man erst mal mit dem großen Megafon verkündet, dass man am liebsten gar keine Nachrichten mehr machen würde“. Auch Neumann sieht wenig Spielraum: „Regionalfenster und Drittsendepätze sind essentielle Elemente der Vielfaltssicherung durch das Medienrecht, die nicht in Frage zu stellen sind.“ Reden könne man aber über Einschränkungen der Werbung bei ARD und ZDF. Klaus Wowereit, Regierender Berliner SPD-Bürgermeister, sagt: „Ich glaube nicht, dass die wirtschaftlichen Probleme von ProSiebenSat.1 in erster Linie daher kommen, dass die Sendergruppe Nachrichten produziert.“ Der Redaktionsausschuss hat derweil das Zahlenwerk intern aufgeschlüsselt: 2009 hatte N24 danach Programm- und Verbreitungskosten von 75 Millionen Euro. Dem stünden 30 Millionen Euro Werbe- und sonstige Erlöse gegenüber sowie 65 Millionen Euro, die die anderen Konzernsender für die Nachrichtenlieferung überweisen. Der Kanal selbst sei damit profitabel. Von 65 Millionen Euro, die die Gruppe laut Ebeling angeblich pro Jahr ins gesamte Nachrichtengeschäft investieren müsse, könne keine Rede sein.

MEDIENPOLITIK

Zweifel an ZDF-Gremien ausräumen

Der Vorsitzende des ZDF-Fernsehrats und CDU-Bundestagsabgeordnete Ruprecht Polenz hat die Ministerpräsidenten der Länder aufgefordert, „die öffentlich erhobenen Zweifel an der Verfassungsgemäßheit des ZDF-Staatsvertrags auszuräumen“. Er begrüße es daher, dass Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) Vorschläge gemacht habe, die „die genannten Kritikpunkte aufgreifen“. Zu den einzelnen Vorschlä-



Polenz

gen wollte er sich nicht äußern. „Für die Arbeit des ZDF und seiner Gremien ist es schwierig, wenn öffentlich in

Frage steht, ob ihre Zusammensetzung mit dem Grundgesetz vereinbar ist“, so Polenz. Er sei dafür, dass die Ministerpräsidenten der Länder „die Vorwürfe von sich aus in Angriff nehmen“. Es wäre aber auch denkbar, „dass die Vorwürfe vom Bundesverfassungsgericht geprüft würden, weil sonst jeder behaupten kann, was er will“. Wegen der von CDU-Politikern unter Anführung des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch betriebenen Absetzung von ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender hatte es eine Debatte über die Staatsferne der ZDF-Gremien gegeben, in der auch 35 Staatsrechtler grundlegende Bedenken geäußert hatten.